

Klaus Ernst in den Bundestag

Ausgabe September 2009

Links, die Zeitung
des Kreisverbandes
DIE LINKE.Schweinfurt

Klaus Ernst

Liebe Wählerinnen und Wähler,

bei dieser Wahl entscheiden Sie, wer die Kosten der Krise zahlen muss. Sie entscheiden, ob es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und die Erwerbslosen sind oder ob die Verursacher der Krise zur Verantwortung gezogen werden. Als Gewerkschafter und als LINKER stehe ich dafür, unsere Sozialversicherungen zu stärken anstatt zu privatisieren, gute Arbeit zu schaffen anstatt Niedriglöhne zu fördern und die Interessen der Mehrheit zu vertreten, anstatt gegen die Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden.

Gegen die Rente mit 67: SPD und Union haben beschlossen, dass wir erst mit 67 in Rente gehen sollen. Aber sie sagen uns nicht, wo wir bis 67 arbeiten sollen und wie wir es so lange aushalten sollen. Vor einem Jahr hatten von den 63- und 64-Jährigen nur 7,4 Prozent einen Vollzeitjob. Und das war vor der Krise. Wer mit 63 Jahren keinen Job hat, findet mit 66 garantiert keinen mehr. Da man aber nur mit hohen Abschlägen vorzeitig in Rente gehen kann, heißt Rente mit 67 für die

meisten Menschen Renten Kürzung. Rente mit 67 heißt auch, dass die Jüngeren nicht in den Job reinkommen. Deswegen werde ich mich dafür einsetzen, dass das Rentenalter nicht erhöht wird.

Für ein soziales und solidarisches Gesundheitssystem: Wer heute krank ist, spürt die 2-Klassen-Medizin: zehn Euro Praxisgebühr, fünf bis zehn Euro für 's Rezept oder vierzehn Euro pro Krankenhaustag. Ich will unser Gesundheitswesen zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung umbauen. Alle Menschen sollen mit allen ihren Einkommensarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze einbezogen werden – dafür werden aber auch alle Kosten komplett übernommen. Das ist sozialer, solidarischer und gerechter als der Murks von Gesundheitsreformen der letzten Jahre.

Weg mit Hartz IV: Hartz IV macht die Betroffenen nicht nur arm und entwürdigt sie – Hartz IV zwingt die Menschen in jeden Job und senkt damit die Löhne. Die Angst,

Einfach Briefwählen
sofort!

Bundestagswahl 2009
» 27. September

» Links » Inhalt

- 1 Liebe WählerInnen
- 2 Zur Person Klaus Ernst
- 3 Sozialpass Schweinfurt
- 4 Sicht der Arbeitnehmerseelsorge
- 5 Steuerfahndung auf hessisch
- 5 Banken: Linke gegen Lobbyisten
- 6 Aus dem Kreistag
- 6 Gochsheim
- 7 Termine
- 8 Neue Vorstandschaft



Infostand

Termine & Standorte online:
www.dielinke-sw.de



Zur Person Klaus Ernst

Geboren 1954 in München. Ausbildung zum Elektromechaniker und Tätigkeit als Elektrotechniker. Wahl zum Jugendvertreter und Betriebsrat. Seit 1972 Mitglied der IG Metall. Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall und der DGB Jugend in München. Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie von 1979 bis 1984 in Hamburg, Abschluss als Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialökonom.

1984 Mitarbeit in der IG Metall beim Streik für die 35-Stunden-Woche. Nach dem Studium Anstellung als Gewerkschaftssekretär in der Stuttgarter IG Metall. Seit 1995 gewählter Erster Bevollmächtigter in Schweinfurt. Mehrmals finden während der Arbeitszeit bundesweit beachtete Proteste gegen Sozialabbau – egal welcher Partei – statt.

2004 Mitinitiator der "Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit", daraufhin Ausschluss aus der SPD. Gründungsmitglied und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Seit 2007 stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

2005 Wahl zum Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Leiter des Arbeitskreises "Gesundheit und soziale Sicherung". Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der Sozial-, Renten- und Gewerkschaftspolitik.

In den letzten vier Jahren besonderes Engagement gegen Sozialabbau, gegen die Rente mit 67, für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und gegen Hartz IV. Unterstützung von Gewerkschaften und Betriebsräten beim Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen z.B. bei AEG (Nürnberg), Mahle (Alzenau), Telekom (Kitzingen) oder EDS (Schweinfurt).

Zur Bundestagswahl 2009 DIE LINKE Spitzenkandidat in Bayern und Direktkandidat im Wahlkreis Schweinfurt/Kitzingen.

nach einem Jahr Erwerbslosigkeit im Hartz-System zu landen, bringt Beschäftigte dazu, schlechte Löhne zu akzeptieren. Auch längere Arbeitslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz für die Betroffenen führen. Dafür brauchen wir eine bedarfsdeckende Mindestsicherung – der Regelsatz für Erwachsene muss auf 500 Euro angehoben werden. Unzumutbare Arbeit, Ein-Euro-Jobs, Regelsatzkürzungen, Zwangsumzüge und Schnüffeleien werde ich weiter bekämpfen.

Für die Sozialstaatsgarantie: gerade jetzt in der Krise sind die Sozialversicherungen wichtiger denn je. Wie hoch wäre die Erwerbslosigkeit ohne Kurzarbeit? Trotzdem: die Arbeitslosigkeit wird nach der Bundestagswahl rasant ansteigen. Das werden SPD und Union zum Sozialabbau nutzen wollen. Deswegen fordere ich einen Schutzschirm für die Sozialversicherungen – wer Banken schützt, muss auch Menschen schützen. Ich garantiere Ihnen, ich werde einer Kürzung von Sozialleistungen nach der Wahl nicht zustimmen. Eine solche Garantie sind alle anderen Parteien nicht bereit zu geben.

Für starke Gewerkschaften: Die Politik der letzten Jahre hat gezielt die Gewerkschaften geschwächt. Ob der Anti-Streik-Paragraf oder die Förderung von Leiharbeit und befristeten Jobs - Ziel der Angriffe war es immer, die Löhne zu drücken. Als Gewerkschafter und als LINKER will ich die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wieder stärken. So brauchen wir mehr Mitbestimmung der Beschäftigten auf unternehmerische Entscheidungen – denn wir verzocken unsere Unternehmen nicht. Gerade in der Krise sind starke Gewerkschaften ein Bollwerk zum Schutz unserer Arbeitsplätze und unserer Löhne.

Für gute Arbeit: Ich will gute und sichere Arbeitsplätze schaffen – das heißt nicht nur nach tarifvertraglich entlohnt, mit Kündigungsschutz und Mitbestimmung. Das heißt auch Arbeit, die die Gesundheit schützt und

mit der Familie vereinbart werden kann. Für die Leiharbeit muss endlich gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Betriebs- und Personalräte müssen ein Vetorecht bei der Einführung von Leiharbeit bekommen.

Für einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde: Löhne von 5 Euro die Stunde oder weniger sind ein Skandal. Für diese Menschen lohnt sich Leistung nicht. Wir brauchen endlich einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn - damit man von seiner Arbeit wieder leben kann.

Für ein gerechtes Steuersystem: Die Debatte um mögliche Steuersenkungen ist geplanter Wahlbetrug. Bei sinkenden Steuereinnahmen und Milliarden-Hilfsprogrammen für die Banken stellt sich vielmehr die Frage, wer für die Krise zahlen muss. Eine Millionärs- und eine Börsenumsatzsteuer würden dazu führen, dass die Verursacher der Krise auch mit für sie bezahlen. Gleichzeitig müssen Menschen mit geringem Einkommen entlastet werden.

Liebe Wählerinnen und Wähler – ich brauche Ihre Stimme für eine starke LINKE Kraft im neuen Bundestag. Sie entscheiden mit, ob durch eine starke LINKE die Rente ab 67 zurückgenommen und die Sozialversicherungen verteidigt werden können. Nie waren starke Gewerkschaften so wichtig wie in dieser Wirtschaftskrise – und nie war eine starke LINKE so nötig wie jetzt.

Dafür bitte ich am 27. September um Ihre Stimme. Ich bitte auch um Ihre Stimme bei der Briefwahl. Nicht wählen zu gehen ist die schlechteste aller Alternativen.

Ihr

MdB Klaus Ernst



Konsequent sozial:
Klaus Ernst

Kandidat im Wahlkreis 250, Schweinfurt
 und auf Platz 1 der Landesliste Bayern

Breites Bündnis für einen Sozialpass Schweinfurt

Am 13. Mai 2009 trafen sich Vertreter der Schweinfurter Arbeitsloseninitiative, des katholischen Dekanats, der EAG, VDK und der SPD auf Einladung der Stadtratsfraktion DIE LINKE zur Grundsteinlegung der „Initiative Sozialpass Schweinfurt“. Nach kurzer Diskussion wurde durch die Anwesenden beschlossen:

1. Die Initiative ist überparteilich und vereint sowohl Verbände, Organisationen, Parteien als auch Einzelpersonlichkeiten für das gemeinsame Ziel.
 2. Um die Überparteilichkeit zu dokumentieren und möglichst viele Mitstreiter zu gewinnen, laden künftig die Wohlfahrtsverbände ein, die Herrn Wanka zusagten, die Initiative zu unterstützen.
 3. Der Sozialpass Schweinfurt soll für einen, noch zu definierenden Personenkreis der Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis Schweinfurt gelten.
 4. Der Pass selbst soll kostenfrei sein und Ermäßigungen auf den Gebieten ÖPNV, Bildung, Kultur, Sport, Freizeit sowie Energie/Wasser garantieren.
- Nach einführenden Worten durch

Herrn Wanka wurde das Ziel festgesetzt, zügig an der Ausarbeitung des Sozialpasses zu arbeiten und bis zu den Haushaltsberatungen der jeweiligen Gebietskörperschaften die Anträge einzubringen. In den Sitzungen am 08.07 und 23.07. wurde der Personenkreis sowie die Vergünstigungen des Sozialpasses ausgearbeitet und ein neutraler Name für den sogenannten Sozialpass bestimmt. Einstimmig votierten die Anwesenden für die Umbenennung des Sozialpasses in Regionalpass Schweinfurt.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 31.07.2009 wurde der Regionalpass Schweinfurt der Öffentlichkeit vorgestellt. Als Gesprächspartner für die Medien standen Frau Ulrike Schmitt Geschäftsführerin Caritas Schweinfurt, Frau Petra Langer Paritätischer Wohlfahrtverband, Herr Jochen Kessler-Rosa Vorstand Diakonie Schweinfurt, Herr Siegfried Metz Geschäftsführer VdK Schweinfurt, Herr Jürgen Wilk Sprecher SALI und Frank Firsching, DGB Regionsvorsitzender zur Verfügung.

Zur Verwirklichung des Regionalpasses werden seit der Pressekonfe-

renz, Unterschriften bei Bürgerinnen und Bürgern aus Stadt und Landkreis gesammelt. Mit dem Antrag zu den Haushaltsberatungen sollen dann die gesammelten Unterschriften eingereicht werden. Einig ist sich die Initiative, dass es ohne eine breite Zustimmung der Bevölkerung sehr schwer sein wird, die Kommunalpolitiker für dieses Projekt zu gewinnen.

Auch Sie können dabei helfen, dieses Projekt zum Erfolg zu führen. Unterschriftenlisten sind in den Geschäftsstellen der o.g. Verbände erhältlich. Der Kreisverband DIE LINKE beschloss, an seinen Infoständen die im Rahmen der Bundestagswahl organisiert werden, ebenfalls Unterschriften für dieses Projekt, das die Stadtratsfraktion mit Ihrer Armutskonferenz angestoßen hat, zu sammeln.

Jeder einzelne kann zum Erfolg dieses Projektes beitragen und Unterschriften in seinem Umfeld sammeln. Diese sind im Bürgerbüro der LINKEN aber auch bei den o.g. Verbänden erhältlich.

*Sinan Öztürk,
 für die Stadtratsfraktion DIE LINKE*

Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich

Anforderungen an die Politik aus Sicht der Arbeitnehmerseelsorge der Kirchen

Die Bundestagswahl im September findet zu einer Zeit statt, in der Deutschland und die ganze Welt die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1929 erleben. Der Umgang mit dieser Krise wird das zentrale politische Thema vor und nach der Wahl darstellen. Dabei geht es aus unserer Sicht nicht nur um Schadensbegrenzung, sondern vor allem auch um die Verteilung der Lasten aus der Krise und um die Frage, welche Konsequenzen für das Wirtschaften zu ziehen sind. Drei Konsequenzen wollen wir in aller Kürze skizzieren.

1. Das Geld in den Dienst der Beschäftigung stellen

Die Krise ist entstanden durch die teilweise verbrecherische Gier der Akteure auf den Finanzmärkten. Diese Gier konnte ihre Wirkung aber erst entfalten, weil in den vergangenen Jahrzehnten in blinder Marktgläubigkeit Regeln und Kontrollen auf den Märkten von der Politik außer Kraft gesetzt wurden. Deshalb ist die Regulierung der (Finanz-)Märkte das Gebot der Stunde. Der Markt löst, wenn er sich selbst überlassen wird, nicht die Probleme, sondern er schafft sie. Deshalb braucht es klare Regulierung und wirksame Aufsicht für alle Akteure und Produkte auf den Finanzmärkten. Ganz akut wird dies an der „Kreditklemme“. Es darf nicht sein, dass Banken vom Steuerzahler gestützt werden und gleichzeitig Arbeitsplätze vernichtet werden, weil die Banken das billige Geld, das sie vom Staat bekommen, gar nicht oder zu überzogenen Zinsen an die Unternehmen weiter geben. Hier ist das Handeln der Politik gefordert.

2. Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch mehr Solidarität zukunftssicher werden

Ein zentraler Teil des neoliberalen

Programms war die Privatisierung der Sozialen Sicherung. Gerade in der jetzigen Krise zeigt sich, dass dieser Weg einen unverantwortlichen Irrweg darstellt. Viele RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen in

“Die Würde der menschlichen Arbeit und der arbeitenden Menschen muss das zentrale Gut bleiben

den USA und anderswo haben ihre Alterssicherung in der Krise verloren. Das deutsche System, das auf der Solidarität der Generationen und der Starken und der Schwachen beruht, hat sich hier als überlegen erwiesen. Deshalb muss es weiter ausgebaut und abgesichert werden durch die Einbeziehung aller Einkommen in die Solidarität im Sinne einer Bürgerversicherung. Die Privatisierung der sozialen Risiken muss gestoppt werden. Mehr Solidarität - das ist die Konsequenz, die jetzt zu ziehen ist.

3. Die Würde der Arbeit schützen

Auf vielfältige Art und Weise wurde im Zuge des marktradikalen Programms die Würde der Arbeit angegriffen und ihres Schutzes beraubt. Hartz IV steht dafür ebenso wie die ständige Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Damit muss Schluss sein. Die Würde der menschlichen Arbeit und der arbeitenden Menschen muss das zentrale Gut bleiben: „Jeder Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Erde!“ So hat Kardinal Cardijn diese Grundwahrheit zusammen gefasst. Deshalb braucht es eine Politik, die diese Würde schützt und respektiert. Das beginnt bei einem gerechten Lohn: Es wird Zeit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der es Vollzeitbeschäftigten ermöglicht, von ihrer Arbeit zu leben. Dazu gehört auch, die Formen der prekären Beschäftigung, die in

den letzten Jahren überhand genommen haben, wieder zurück zu drängen und einzudämmen: Leiharbeit, Befristungen, Dauerpraktika, Ein-Euro-Jobs. Darüber hinaus muss die Grundsicherung zu einer echten

Grundsicherung werden, die ein angemessenes Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht. Nicht zuletzt brauchen wir auch mehr Mitbestimmung der arbeitenden Menschen, auch und gerade in wirtschaftlichen Fragen. Wer mit seiner Arbeit den Unternehmenserfolg ermöglicht, der muss auch darüber mitbestimmen, wie das Unternehmen sich weiter entwickelt.

Wir stehen vor einer wichtigen Wahl, in der die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Deshalb fordern wir alle Leserinnen und Leser auf: Gehen Sie zur Wahl!

Aber lassen Sie die Gewählten auch nach der Wahl nicht in Ruhe, denn es braucht Druck, um zu einer Politik zu kommen, die den Menschen und seine Bedürfnisse wirklich in den Mittelpunkt stellt.

Die Autoren:



Evi Pohl

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Peter Hartlaub
Katholische Betriebsseelsorge

Steuerfahndung auf hessisch!



Erfolgreiche Steuerfahnder werden für psychisch krank erklärt!
Einer hilft jetzt, Reichen Steuern zu minimieren.

Das hessische Finanzministerium hat drei junge Steuerfahnder, die auf gutem Weg waren Millionen für das Land sicherzustellen, von einem Psychiater als psychisch krank und dienstunfähig erklären lassen. Die Diagnose: „paranoid-querulatorische“ Entwicklung mit Anpassungsstörungen. Sie wurden mit Mitte Dreißig in den Ruhestand geschickt.

Statt Millionen für den Staat einzutreiben, bekommen sie jetzt Ruhestandsbezüge bis ans Lebensende.

Ein weiterer Fahnder, der ebenfalls von diesem „Psychiater“ untersucht werden sollte war nachdem er einer Versetzung zugestimmt hat, plötzlich wieder komplett geheilt. Die dienstliche Weisung sich untersuchen zu lassen wurde noch am selben Tag widerrufen.

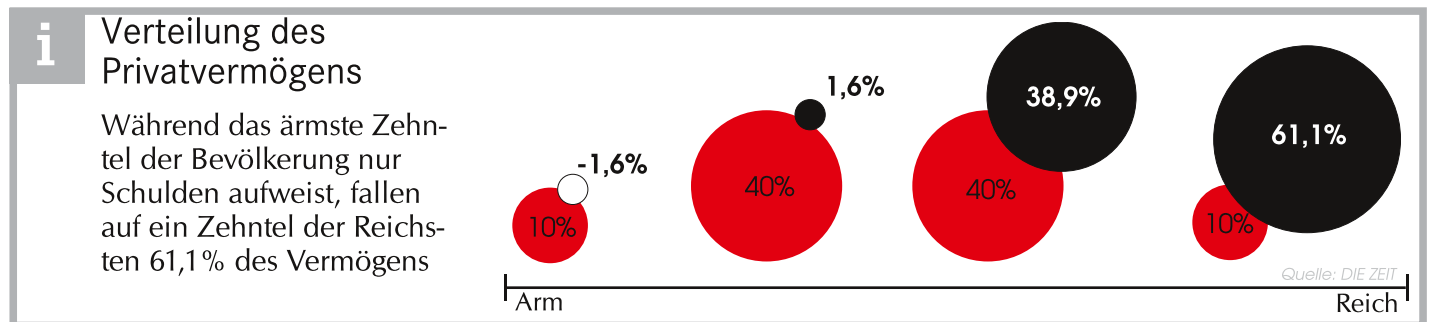
Inzwischen ermitteln Ärztekammer und Staatsanwaltschaft gegen diesen Psychiater. Einer dieser Steuerfahnder hat sich jetzt als Steuerberater für Reiche niedergelassen.

Er weiß ja bestens wie man Steuern „vermeidet“. Bei der dafür vorgeschriebenen Untersuchung wurde er von einem Psychiater-Experten der Uni-Klinik Frankfurt untersucht. Dieser bescheinigte ihm: „es sei zu betonen, dass Herr Schmenger den Beruf des Steuerberaters in vollem Umfang ordnungsgemäß ausüben kann“.

gr/links

Nachzulesen:

„Der Spiegel“ 29/2009 und Report Mainz am 20.07.09 um 21:45 Uhr



Banken: LINKE gegen Lobbyisten

DIE LINKE gegen Lobbyisten in den Ministerien!

Banken schreiben ihre eigenen Gesetze, der Bürger geht leer aus

Beim Gesetzesentwurf zum Bankenrettungsgesetz saßen Bankanwälte der Kanzlei Freshfields mit am Tisch. Laut Frank Schäffler, FDP, MdB und Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages, haben die Anwälte von Freshfields und nicht die Bundesregierung den Gesetzesentwurf komplett selbst geschrieben.

Freshfields arbeitet für die Hypo-Vereinsbank, Unicredito, Hypo Real Estate, DEPFA u.a. Thorsten Albig, Finanzstaatssekretär, der selbst mit Banken eng verflochten ist, sagt dazu: "Wir haben uns, wie es üblich ist und wo ganz besondere Expertise gefragt war, von Finanz-

marktjuristen beraten lassen." Die Angeklagten durften sich also ihr Urteil selber schreiben. Roland Claus, MdB DIE LINKE, Mitglied des Finanzausschusses: "Wir müssen dem entgegenhalten, dass nicht werthaltige Substanz verstaatlicht wird, sondern in erster Linie Schulden."

DIE LINKE ist strikt gegen Lobbyisten in den Ministerien.

Alexander Bonde, MdB Bündnis 90/die Grünen, Mitglied des Haushaltsausschusses, der die milliarden-schwere Bankenrettung begutachten und kontrollieren soll, berichtet, dass der Ausschuss ein reines Infor-

mationsgremium sei und keinerlei Entscheidungsbefugnis habe. Die Parlamentarier dürften noch nicht einmal Einsicht in die Bücher der Banken nehmen, um zu prüfen, wie es tatsächlich um die Banken stehe. Wohin und unter welchen Bedingungen Milliarden fließen entscheidet ganz allein die SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung). Diese arbeitet aber streng geheim. Obwohl es um Steuer-milliarden geht, dürfen die neun Mitglieder nicht darüber reden, sonst drohen Gefängnisstrafen.

Warum darf ein Bundestags-Abgeordneter (gewählter Volksvertreter der den Eid geleistet hat, Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden) geschweige denn der Staatsbürger nicht wissen, was mit seinem Geld geschieht?!

gr/links

Punkte aus der letzten Kreistagssitzung

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

50 000 Euro hat der Landkreis in das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept“ investiert. Sehr schnell wird klar, wo die Studie Schwächen im Landkreis aufzeigt: Der Landkreis ist für junge Menschen scheinbar nicht attraktiv genug um hier zu bleiben. Um eine Familie zu gründen, muss es mehr gutbezahlte Arbeitsplätze geben. Leider steht da der Landkreis Schweinfurt gegenüber den Nachbarlandkreisen hinten an.

Weiter wird festgestellt, dass in Anbetracht der demografischen Entwicklung eine drastische Zunahme von Pflegebedürftigen für den Landkreis bevor steht.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Studie: Es fehlen, besonders während den Urlaubswochen, feste Kurzzeitpflegeplätze um die „pflegenden“ Angehörigen zu entlasten. Denn, auch das ist der Studie zu entnehmen, die Seniorinnen und Senioren

wollen solange wie möglich zuhause gepflegt werden.

Fazit für uns LINKE KreisrätInnen: Hier ist die Brücke zur Bundespolitik! Es fehlt an Geld, um eine notwendige Seniorenpolitik im Landkreis umzusetzen. Nur mit dem Ehrenamt wird dies nicht möglich sein. Der Staat muss Geld für die Menschen in die Hand nehmen, um ihnen ein Altern in Würde zu ermöglichen, unabhängig davon, ob sie zuhause oder in einem Seniorenheim ihren Lebensabend verbringen!

Projekt „Hart am Limit“ (HaLT)

Der Landkreis beteiligt sich wie schon die Stadt Schweinfurt an einem bundesweiten Projekt, um Kinder und Jugendliche vor Alkoholmissbrauch zu schützen. Letztes Jahr wurden 69 Kinder und Jugendliche stark alkoholisiert in das Schweinfurter Leopoldina-Krankenhaus und die Geomed-Klinik in Gerolshofen eingeliefert. 1999 wa-

ren es noch 13 Fälle. 2009 sind es bereits 33 Fälle.

HaLT besteht aus zwei wichtigen Elementen: Zum einen setzt es bei Jugendlichen an, die gerade stationär eingeliefert worden sind. Ein Team nimmt schnellstens Kontakt mit dem Ausgenüchtern auf. Das zweite heißt Prävention.

Im Kreistag wurde die Frage gestellt, ob die eine Stelle im Landratsamt ausreichen würde und es wurde diskutiert, ob Vereine Werbung für Alkohol machen sollten. Aber auch die Verantwortung der Eltern wurde angesprochen.

Fazit: Die LINKE im Kreistag begrüßt das Konzept und ist froh, dass es wieder eine Fachfrau im Schweinfurter Landratsamt gibt, die sich ernsthaft Gedanken macht, wie die Jugend die richtige Einstellung zum Alkohol findet.

*Klaus Schröder
Kreirat*

Aktuelles aus Gochsheim

Viele Projekte - Kein Ende in Sicht

Hallenbad u. Großturnhalle (Generalsanierung), Historisches Rathaus (Außen- und Innensanierung), Lärmschutzwand A70, Am Plan-Altortsanierung, Bauhof (Hackschnitzelanlage mit Fernwärmeversorgung), Friedhof (Urnengräberfeld), notwendige Kanalsanierungen... Die Gemeinde greift bereits im Haushalt 2009 auf 1,5 Mio. € Rücklagevermögen zu. Aufgrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung muss zukünftig mit entsprechender Vorsicht und Augenmaß investiert werden, um Neuverschuldungen zu vermeiden!

Weyerer Str. 1

Die Adresse Weyerer Str.1 ist ein „Heißes Eisen“ für die Gemeinde, seit mehreren Jahren wird versucht ein neues Gebäude in der Ortsmitte zu errichten. Die aktuelle Wirtschaftskrise verschärft und erschwert zusätzlich die Vermarktung durch ein Immobilienunternehmen. Die Planungsfrist läuft am 31.07.2009 aus, es zeichnet sich möglicherweise ein Scheitern des Projektes ab. Wir sehen immer noch die einmalige Chance, statt einer Wohnanlage mit Geschäften die eigentlich

niemand braucht, dort eine feine Grünanlage anzulegen die sich nahtlos mit der neugestalteten Brunnenanlage verbindet.

Ganztagschule

Die Gemeinde plant für das Schuljahr 2009/10 die gebundene Ganztageschule mit Mittagsverpflegung und Nachmittagsunterricht einzuführen. Der Unterricht beginnt mit einer fünften Ganztagesklasse mit 20 Schülern. Die Eltern müssen 3 € pro Mahlzeit selbst tragen, Mehrkosten übernimmt die Gemeinde. Noch

nicht ganz klar ist auch die Art der finanziellen Unterstützung bei Harz IV Kindern.

Das Mittagessen hat auch noch einen weiteren „faden Beigeschmack“. Auf der Suche nach einen preisgünstigen Anbieter sei nur das AFZ übrig geblieben. Es ist ja allseits bekannt, dass dieses AFZ auch einen nicht unerheblichen Anteil von 1€ Jobler und Leiharbeiter beschäftigt.

*Jürgen Mayerl
Gemeinderat Gochsheim*

Verkaufsoffener Sonntag am 27.09.09

CSU und pro schweinfurt belügen Wähler

Eine Ausstellung der „Augsburger Puppenkiste“ ist vom 17.09.-02.10.09 im ECE zu sehen. Für die Verwaltung Grund genug einen verkaufsoffenen Sonntag am 27.09. (Bundestagswahltag) für das gesamte Stadtgebiet vorzuschlagen. Denn wir haben zwar massig Geld aber keine Zeit es auszugeben.

Dem wolle auch die CSU abhelfen, argumentierte ihr Fraktionsvorsitzender Stefan Funk. Er sprach sich für den 3. verkaufsoffenen Sonntag in Schweinfurt am 27.09.09 aus. Nachdem sich Frau Dr. Ulrike Schneider für den Sonntag als geschützten Tag des Christentums aussprach und an die CSU appellierte das „C“ in ihrem Namen ernst zu nehmen, stach Frank Firsching, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, in ein Wespennest. Nach der inhaltlichen Widerrede gegen die Ausführungen von Funk zitierte er eine Umfrage der „Allianz für den freien Sonntag“, die das Bündnis vor der Stadt-

ratswahl 2008 unter den Kandidaten durchführte. Die Frage lautete, ob der / die jeweilige KandidatIn für 0, 1, 2, 3 oder gar 4 verkaufsoffene Sonntage in Schweinfurt sei, wenn er/sie gewählt werde und im Stadtrat sitze.

Firsching sprach die CSU-Räte Funk, Barth, Lippert, Schulte, Dr. Kattner, Remele und weitere direkt an, weil sie angekreuzt hätten maximal zwei verkaufsoffene Sonntage zuzulassen - eine Lüge wie sich herausstellen wird (Ausnahmen Barth, Remele). Da war das Geschrei groß.

Der selbsternannte Rechtsgelehrte Knöchel (pro sw) faselte was von Datenschutz und unmöglicher Vorgehensweise. Die Spitze des Blödsinns erklimmte Schulrektor Rehberger (CSU) mühelos, indem er der LINKEN „Stasi-Methoden“ und ein „Ausspionieren“ vorwarf. Weit gefehlt, die Herren super-schlau. Die Veröffentlichung der Er-

gebnisse wurde im Anschreiben an die Kandidaten extra hervorgehoben - es wusste also jeder worauf er sich einließ, als er den Bogen ausfüllte und beispielsweise ankreuzte für nur zwei offene Sonntage zu sein.

Was bleibt unter dem Strich? Mit 23 (15 CSU, OB Grieser, 3x prosw, 2x Freie, je 1x Rep. und SPD) gegen 19 Stimmen (7x SPD, 4x LINKE, 3x SWL, 2x Grüne, 2x CSU, 1x Freie) wurde dem verkaufsoffenen Sonntag anlässlich der „Augsburger Puppenkiste“ zugestimmt.

Wären die Räte ihren Wahlaussagen gefolgt, hätte das Abstimmungsergebnis anders aussehen müssen. Aber was interessiert einige CSUler oder pro sw'ler ihr Geschwätz von gestern - der Wähler wird schon nix merken, wenn er angelogen wird.

Frank Firsching
Stadtrat der LINKEN

Termine im September

03

Donnerstag

Michael Schlecht wird um 19 Uhr den Wahlkampfauftritt moderieren. Der Direktkandidat für Mannheim, ist gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand und referiert zum Thema „LINKE Krisenbewältigung“ im Sportheim des TV Oberndorf-Schweinfurt.

10

Donnerstag

Uns besucht der rentenpolitische Sprecher der Linken im Bundestag Volker Schneider zum Thema „Rente“, ebenfalls um 19 Uhr im Sportheim des TV Oberndorf-Schweinfurt.

20

Sonntag

Am 20. sind zwei Termine: ein politischer Frühschoppen in Gerolzhofen mit Klaus Ernst im Restaurant ›Desire‹ um 10.00 Uhr und einen Kaffeeplatsch mit ihm am Bergl. Ort und Zeit erfahrt ihr aus der Presse oder unter www.dielinke-sw.de.

22

Dienstag

Um 16.00 Uhr findet unsere Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz in Schweinfurt statt. Neben unserem Kandidaten Klaus Ernst wird auch Peter Sodann, bekannt aus Fernseh und dem Theater, da sein. Am Abend lädt Peter Sodann in die Disharmonie zu einer Lesung ein. Uhrzeit und Eintritt erfahrt ihr aus der hiesigen Presse oder unter www.dielinke-sw.de.

27

Sonntag

Von 08.00 bis 18.00 Uhr ist dann die Bundestagswahl - gebt bitte eure Stimme der Partei DIE LINKE und unterstützt unsere Kandidaten.

Ab 17.30 Uhr laden wir wieder zu unserer Wahlparty in der Alevitischen Gemeinde Schweinfurt in der Johann-Georg-Gademann-Str. 7 ein.

Änderungen und Aktualisierungen nachzulesen auf: www.dielinke-sw.de



Neue Vorstandschaft DIE LINKE.Schweinfurt

Zwei Jahre mit zahlreichen Erfolgen: DIE LINKE zeigt Geschlossenheit

Nach der Vereinigungsversammlung von WASG und der Linkspartei.PDS entstand im Juli 2007 der Schweinfurter Kreisverband der LINKEN. Bei der Mitgliederversammlung am 29. Juli 2009 mit den turnusgemäßen Neuwahlen demonstrierten die Schweinfurter LINKEN Geschlossenheit. Mit dem Traumergebnis von 100% wurde Stadtrat Frank Firsching als Kreisvorsitzender wieder gewählt. Die bisherige Co-Vorsitzende Carmen Starost stand aus persönlichen Gründen nicht für eine erneute Wahl zur Verfügung. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Angelika Strobel (Schleerieth) und Klaus Schröder (Stettbach) gewählt. Den neuen Vorstand komplettieren Claudia Gutgesell (Schwemmelsbach), Kerstin Pfeifer (Garstadt), Uwe Gratzky (Gerolzhofen), Kurt Müller (Gochsheim), Rainer Nickel, Andrea Stenzinger, Sinan Öztürk, Ali Mursa Tas und Wolfgang Trüding (alle Schweinfurt).

Ebenfalls einstimmig für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt wurde Schatzmeister Markus Pfülb (Poppenhausen), der einen sehr soliden Finanzbericht vorlegte, was dem Kreisverband eine sichere Planung für die Zukunft ermöglicht.

Wussten Sie...?

..., dass der Tagessatz für Essen der Hartz IV Kinder € 1,02 beträgt? Ein Glas Babynahrung kostet schon € 1,39.

..., dass DIE LINKE als einzige Partei keine Bankenspenden bekommt! Warum wohl?!

gr/links

›Links‹ ist die Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE.Schweinfurt

Internet

www.dielinke-sw.de
kontakt@dielinke-sw.de

Büro

Hadergasse 11
97421 Schweinfurt
0972173098-13

Redaktion

Gerhard Ruppert
Matthias Schleemilch
Klaus Schröder

Layout

Sebastian
Schleemilch

vidsp.

Kreisvorstand
Frank Firsching